



## Putschthese revisited

### Eine Bestandsaufnahme zum 70. Jahrestag des Oktoberstreiks

MANFRED MUGRAUER

Der gegen das 4. Lohn- und Preis-Abkommen gerichtete „Oktoberstreik“ des Jahres 1950 war die bis dahin größte Streikbewegung der Zweiten Republik. Er war der Höhepunkt der sozialen Auseinandersetzungen der Nachkriegsjahre und stellt den wichtigsten Erfolg der kommunistischen Oppositionspolitik dar, mit der sich die KPÖ als Hauptkraft gegen die kapitalistische Restauration profilieren konnte. Bereits in den Streiktagen stellten Regierung und Gewerkschaftsführung die Protestbewegung als das alleinige Werk kommunistischer AgitatorInnen dar und warnten vor einem Umsturzversuch der KPÖ. In der *Arbeiter-Zeitung*, dem Zentralorgan der SPÖ, war Ende September von „regelrechten Putschversuchen der Kommunisten“ die Rede.<sup>1</sup> Damit wurde noch während der Streiktage ein Interpretationsmuster geschaffen, das in den folgenden Jahren und Jahrzehnten bestimmend blieb.

Zeitgenössisch wurde die Putschlegende maßgeblich von der SPÖ- und ÖGB-Führung getragen. In einer Sitzung des ÖGB-Bundesvorstands unmittelbar nach dem Streik bezeichnete etwa Michael Frühwirth, der Obmann der Gewerkschaft der Textilarbeiter, die kommunistischen Vorstandsmitglieder als „Putschisten und Landesverräter“.<sup>2</sup> Wenig später veröffentlichte der frühere Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung Alfred Migsch im Auftrag der SPÖ eine Broschüre, mit welcher der „kommunistische Terrorputsch“ dokumentiert werden sollte. Dessen Ziel sei gewesen, den Kommunisten „die Macht im Osten Österreichs in die Hände (zu) spielen und der demokratischen Republik ein Ende (zu) bereiten“.<sup>3</sup> Auch der ÖGB brachte nach dem Streik eine von seinem Pressereferenten Fritz Klenner verfasste Publikation über den kommunistischen „Putschversuch“ heraus.<sup>4</sup>

Die Putschlegende war über Jahrzehnte die zentrale Interpretationsvariante der

Ereignisse im September und Oktober 1950, getragen von Parteien, Gewerkschaft und Medien. Sie blieb bis in die 1970er Jahre sowohl in der Geschichtswissenschaft, in ÖGB-nahen Veröffentlichungen als auch in Erinnerungen von PolitikerInnen weitgehend unhinterfragt. Die Behauptung, dass die KPÖ im September und Oktober 1950 einen Versuch zur Machtübernahme gestartet habe, galt bis dahin sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in der öffentlichen Meinung als „common sense“. Eine der ersten zeitgeschichtlichen Auseinandersetzungen mit der Geschichtslgende vom „Kommunistenputsch“ leistete Helmut Konrad, der spätere Rektor der Universität Graz, im Jahr 1977 in der Zeitschrift *Neues Forum*.<sup>5</sup> Danach wagte es lange Zeit kein namhafter Geschichtswissenschaftler, von einem kommunistischen Putschversuch zu sprechen. Im Gegenteil: Auch sozialdemokratische Historiker und Gewerkschaftspublizisten – darunter Fritz Klenner – grenzten sich in den folgenden Jahren von der Putschthese ab bzw. nahmen sie zurück. Bei einem im Jahr 1990 in Wien veranstalteten Symposium der Volkshochschulen Brigittenau und Floridsdorf über den Oktoberstreik fand sich nicht ein/e Historiker/in, der oder die von einem Putschversuch der KPÖ im Jahr 1950 ausging.<sup>6</sup> Amerikanische Stimmen wie jene der in Oxford promovierten Historikerin Audrey Kurth Cronin, die in den 1980er Jahren den Oktoberstreik als „the second communist putsch attempt“ nach der Maidemonstration des Jahres 1947 einschätzte, blieben die Ausnahme.<sup>7</sup>

#### Bizarr-absurde These

Das größte Rätsel der Putschlegende besteht im Grunde darin, wie eine Behauptung, deren mangelnde Plausibilität kaum evident sein könnte, seit Jahrzehnten nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung bewegen

kann. Es sollte der bloße Hinweis auf die Viermächtebesetzung Österreichs ausreichen, um Spekulationen über kommunistische Umsturzpläne ein Ende zu bereiten. Nicht zuletzt angesichts der Präsenz der westlichen Alliierten kann ausgeschlossen werden, dass eine politisch wenig einflussreiche, weitgehend isolierte Kleinpartei wie die KPÖ gewillt war, im vierfach besetzten Österreich eine bewaffnete Konfrontation vom Zaun zu brechen. „Schon die rhetorische Frage, was ein nicht-bewaffneter Kommunistenaufstand gegen drei westliche Militärmächte ausrichten könnte, charakterisiert einen Putschversuch als selbstmörderische Aktion“, zeigte sich Heinz Gärtner in den 1970er Jahren verwundert über die Tatsache, dass ungeachtet dieser einfachen Erkenntnis Spekulationen über kommunistische Putschabsichten kein Ende nehmen.<sup>8</sup>

Fest steht auch, dass zur Realisierung eines Putschplanes die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht notwendig gewesen wäre. Die Sowjetunion war aber zu keinem Zeitpunkt bereit, den in Jalta erzielten Konsens zwischen den Alliierten einseitig aufzukündigen, eine Zerreißung des Landes in Kauf zu nehmen oder gar wegen Österreich die Gefahr eines dritten Weltkriegs zu riskieren. Nach Öffnung der sowjetischen Archive ist auch kein einziges Dokument bekannt geworden, dass die Sowjetunion mit dem Oktoberstreik irgendwelche politischen Absichten verfolgt hätte, geschweige denn ein Eingreifen zu Gunsten der KPÖ geplant gewesen wäre. „Der Krenl konnte nach dem Ausbruch des Korea-Krieges nicht an einem weiteren Krisenherd interessiert sein, der zudem ein Aufreißen des eben erst konsolidierten ‚cordon sanitaires‘ zum ‚Schutz‘ der Sowjetunion zur Folge gehabt haben könnte“, resümiert der Grazer Zeithistoriker Peter Ruggenthaler in einem 2005 erschienenen Beitrag. Es gäbe insgesamt „keine Hinweise auf von der UdSSR ins-



**Kundgebung am Wiener Ballhausplatz am 26. September 1950**

zenierte oder gesteuerte Umsturzversuche in Österreich“.<sup>9</sup>

Während der Streiktag verhielt sich die sowjetische Besatzungsmacht strikt neutral und übte sich in demonstrativer Zurückhaltung, um keine unkontrollierbare Eskalation und keine Konfrontation mit den Westmächten zu riskieren. Gewiss standen die Sowjets den Streikenden mit Sympathie gegenüber, USIA-Arbeitern wurden Lastwägen zur Verfügung gestellt und in Wien und Niederösterreich wurden Blockaden von Eisenbahnlinien und Straßenbahnen zugelassen. Auch hatten Streikende in den sowjetisch verwalteten USIA- und SMV-Betrieben – im Unterschied zu den verstaatlichten und privaten Betrieben – mit keinerlei Sanktionen zu rechnen. Es wurde aber seitens der sowjetischen Besatzungsmacht nichts getan, „um diese Maßnahmen der Streikenden zu fördern“. Die Sowjets „hüteten sich [...] direkt einzugreifen, genauso wie es die Westmächte peinlich vermieden, gelegentlichen Appellen von Mitgliedern der Bundesregierung [...] Gehör zu schenken“.<sup>10</sup> Eindeutig war auch die Rolle der US-amerikanischen Besatzungsmacht, die ebensowenig an einer Eskalation interessiert war und „auf den Streik mit äußerster Vorsicht (reagierte). Versuche der Bundesregierung [...], die Amerikaner zum Eingreifen zu veranlassen, wurden kühl abgewiesen.“<sup>11</sup> Die westlichen Besatzungsmächte stimmten nicht den alarmistischen Äußerungen Figls zu, wonach es der KPÖ um den Sturz der Regierung, die Spaltung Österreichs und um die Provozierung einer amerikanischen Intervention gehe.<sup>12</sup>

„Ein klassischer Staatsstreich hatte in einem Land, in dem die militärische Gewalt ausschließlich bei den Besatzungsmächten lag, freilich auch gar keinen Sinn“,<sup>13</sup> resümiert der FPÖ-nahe Historiker Lothar Höbelt prägnant jene Rahmenbedingungen, die kommunistische Putschabsichten von vornherein unwahrscheinlich erscheinen lassen. „[...] an einen Staatsstreich konnte wohl nur ein Phantast glauben“, schätzt auch Manfred Rauchensteiner, der frühere Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien, die Lage realistisch ein.<sup>14</sup> Allein der geopolitische Kontext und die Kombination innenpolitischer und internationaler Faktoren machen deutlich, dass ein gewaltsamer Umsturzversuch unter den Bedingungen der Viermächtebesatzung völlig unreal gewesen wäre. Kommunistische Putschpläne wären nichts als Abenteuerertum gewesen, bei gleichzeitiger Gefahr der Entfesselung eines Weltenbrands.

Vor diesem Hintergrund lenken marxistisch orientierte Historiker den Blick auf die ideologische Funktion und die Legitimationsinteressen dieser Geschichtslgende, die – gemäß Hans Hautmann – „von einer geradezu bizarren Absurdität“ sei.<sup>15</sup> Angesichts der breiten Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem 4. Lohn- und Preis-Abkommen bestand die zeitgenössische Funktion der Putschlüge vor allem darin, die dagegen gerichteten Proteste im kommunistischen Eck zu isolieren. Der in Österreich vorherrschende Antikommunismus wurde instrumentalisiert, um die sozialdemokratischen und parteilosen ArbeiterInnen und Angestellten von einer Teil-

nahme an den Protesten abzuhalten. Die Putschthese war „das wirkungsvollste Mittel, um die Arbeiterschaft zu verunsichern und die Streikfront auseinander zu dividieren“.<sup>16</sup> Der KPÖ gelang es zwar in den folgenden Jahren, bei den Betriebsratswahlen und Arbeiterkammerwahlen ihre Positionen leicht auszubauen, langfristig betrachtet beförderte der Mythos vom gescheiterten „Putschversuch“ aber die innenpolitische Isolierung der Partei. Die Putschlegende wurde – neben dem Nachweis der „Moskauhörigkeit“ der Partei – zum wirksamsten Instrument des sozialdemokratischen und bürgerlichen Lagers in der politischen Auseinandersetzung mit der KPÖ.

### **Konservativer „Backlash“**

Trotz der seit den 1970er Jahren dominierenden kritischen Stimmen blieb die Putschmetapher bis in die jüngere Vergangenheit herauf ein fixer Bestandteil der gegen die KPÖ gerichteten Argumentation. „Alle vorhandenen Quellen und die beinahe einheitliche Meinung der entsprechenden wissenschaftlichen Analysen schließen eine derartige Planrichtung als unrealistisch aus, doch der ‚Putschversuch‘ von 1950 bleibt ein Mythos, der trotz zahlreicher Studien immer noch präsent ist, ein Mythos, der aus der Österreich-Identität der Nachkriegsgeneration nicht wegzudenken ist“, wie Oliver Rathkolb in seiner Geschichte der Zweiten Republik einschätzt.<sup>17</sup> Ein Blick in die neuere wissenschaftliche Literatur zeigt, dass die Putschlegende auch heute – 70 Jahre nach der Streikbewegung – nicht vollständig überwunden ist, ja sie erlebt in der Historiografie sogar eine gewisse Renaissance.

Die überwiegende Mehrheit der HistorikerInnen lehnt 70 Jahre nach dem Oktoberstreik dessen Charakterisierung als „kommunistischen Umsturzversuch“ ab. Mitunter ist sogar die Einschätzung anzutreffen, dass die Putschthese in der „seriösen Geschichtswissenschaft [...] passé“ sei und sie „auf akademischem Boden und in den Zeitgeschichteinstituten der österreichischen Universitäten“ niemand mehr teile.<sup>18</sup> Nichtsdestoweniger gibt es in den letzten zehn bis 15 Jahren einen bemerkenswerten „Backlash“ nicht weniger, auch jüngerer konservativer Historiker. Nach Öffnung der sowjetischen Archive konnte nachgewiesen werden, dass die Sowjetunion zu keinem Zeitpunkt eine Sowjetisierung Österreichs beabsichtigte und auch in den Tagen des Oktoberstreiks keine weitergehenden politischen Interessen verfolgte.

te. Ebenso wenig konnten aus sowjetischen Archiven Hinweise auf Putschpläne der österreichischen KommunistInnen zu Tage befördert werden. Insofern ist es als paradox einzuschätzen, dass die Auseinandersetzung über den Charakter des Oktoberstreiks nicht an Bedeutung verloren hat. Bis heute bewegt die Frage, ob die KPÖ im Herbst 1950 einen Putsch mit dem Ziel der Umwandlung der Republik in eine Volksdemokratie geplant habe, sowohl die akademische Geschichtswissenschaft als auch die politische Öffentlichkeit.

Den Beginn zur „Rehabilitierung“ der Putschlegende in der österreichischen Historiographie markiert ein Beitrag des Salzburger Historikers Ernst Hanisch am Zeitgeschichtetag im Jahr 1997, in dem er der „68er-Geschichtsschreibung“ vorwarf, „die Gefahr der kommunistischen Machtergreifung in Ostösterreich“ unterschätzt zu haben.<sup>19</sup> Ein Jahr später sprach Robert Kriechbaumer von Unruhen mit dem „Charakter eines kommunistischen Putschversuches“ zwecks „Errichtung einer Volksdemokratie in Österreich“.<sup>20</sup> Im Stile überholt geglaubter Sowjetisierungsthesen erkennt der Linzer Historiker Roman Sandgruber im „kommunistischen Generalstreikversuch [...] das letzte Aufflammen einer auf eine gewaltsame Machtübernahme gerichteten kommunistischen Aktivität in Österreich“.<sup>21</sup> Wilhelm Brauneder, ehemaliger Vorstand des Instituts für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien und bis 1999 Dritter Nationalratspräsident (FPÖ), sprach noch 2017 ohne Einschränkung vom „Putsch der KPÖ in Ostösterreich“.<sup>22</sup>

Die heute „modische“ Variante der Putschlegende präsentiert sich in abgeschwächter Form und verwendet den Terminus Putsch zumeist in einem zusammengesetzten Wort: Das Spektrum reicht von Arbeiterunruhen mit „putschartigen Aktivitäten“ (Felix Butschek 2004),<sup>23</sup> einem Streik mit „putschartigen Zügen“<sup>24</sup> und „putschartigen Streikunruhen“<sup>25</sup> (Wolfgang Mueller 2005) bis hin zu „der von der KPÖ inszenierten putschartigen Streikbewegung“ (Robert Kriechbaumer 2016).<sup>26</sup> Alle Autoren bleiben Erklärungen schuldig, worin sich ein „Putsch“ von einem „putschartigem“ Unternehmen unterscheidet, und weichen der Frage aus, ob ein „putschartiger“ Streik nun als Putsch zu qualifizieren ist oder doch nicht. Gerald Stourzh spricht vom „kommunistischen Generalstreikversuch vom Herbst 1950 [...], der sich möglicherweise zu einem Putschversuch

ausgeweitet hätte“<sup>27</sup> und kommt auch in der Neuauflage seiner Staatsvertragsgeschichte (2005) nicht ohne Hinweis darauf aus, dass dieser „als ‚Putsch‘ oder Putschversuch zu kontroversen Interpretationen geführt hat“.<sup>28</sup> Hauptanliegen all dieser Deutungen scheint zu sein, Spekulationen über den Charakter des Streiks zumindest offen zu

halten. Otto Klambauer (2006) platziert den „Oktoberputsch“ zwar in Anführungszeichen, lässt aber keinen Zweifel an seiner affirmativen Sichtweise.<sup>29</sup>

Einen gewissen Höhepunkt dieser Aufzählung stellt die erstmals 2005 und 2014 bereits in vierter Auflage erschienene, weit verbreitete Geschichte Österreichs von Karl Vocelka in einer populären Reihe des Beck-Verlags dar, ist in dieser doch zu lesen, dass 1950 „ein letzter (in der Forschung umstrittener) Versuch der kommunistischen Machtergreifung in einem Streik und Putschversuch [...] scheiterte“.<sup>30</sup> Während in den 1980er und 1990er Jahren davon ausgegangen wurde, dass die Putschthese im wissenschaftlichen Diskurs überwunden sei, ist heute – angesichts dieser neuerdings von konservativer Seite vertretenen Einschätzungen – vielerorts die Sprachregelung präsent, dass die HistorikerInnen in der Einschätzung des Oktoberstreiks zumindest uneins und „geteilter Ansicht“ seien.<sup>31</sup> Die Frage nach dem kommunistischen Putschversuch werde „nach wie vor unterschiedlich beantwortet“<sup>32</sup> und sei „bis heute nicht letztgültig geklärt“,<sup>33</sup> so Erwin Schmidl (2000), Robert Kriechbaumer (2016) bzw. Maximilian Graf (2016). Auch wenn in Veröffentlichungen wie diesen vor einem offenen Gebrauch der Putschlegende mitunter zurückgeschaut wird, so soll doch deren grundsätzliche Plausibilität nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

### Gewalt gegen Gewalt

Der Hauptbezugspunkt jener Variante, die sich auf die Formulierung „putschartige Auseinandersetzungen“ zurückgezogen hat, sind jene Erscheinungen, die als „Ausschreitungen“ in die Geschichte des Oktoberstreiks eingegangen sind. Am ersten Streiktag, dem 26. September



Gegen die KPÖ gerichtete Broschüren von SPÖ (Alfred Migsch) und ÖGB (Fritz Klenner) über den Oktoberstreik

1950, und vor allem in der zweiten Phase des Streiks im Oktober kam es in Wien und Niederösterreich zu Besetzungen von Bahnhöfen und Postämtern sowie zu Verkehrsbehinderungen und Straßenblockaden. In den letzten Streiktagen wurden in Wien am 4. und 5. Oktober Sand und Schutt in Straßenbahngleise abgeladen und Weichen stellenweise sogar mit Zement ausgegossen. Die Arbeiter der Rax-Werke besetzten am 5. Oktober das E-Werk in Ebenfurth und schalteten den Strom ab. Dann fuhren sie mit Lastwägen von Betrieb zu Betrieb, um die dortigen Arbeiter zum Streik aufzufordern. Manche Betriebe wurden mit Druck in den Streik einbezogen, wobei es auch zu Handgemengen und Prügeleien zwischen Arbeitern kam. In Ternitz wollten die Arbeiter der Rax-Werke und des Grünbacher Bergbaus ihre Kollegen von Schoeller-Bleckmann, die im September noch an der Spitze des Streiks gestanden waren, aus dem Betrieb „herausholen“. Gleich danach wurde in einer Vollversammlung der Streik beschlossen.<sup>34</sup> In St. Pölten gab es – laut Polizeibericht – „kleinere Plänkeleien“, als Delegationen der Glanzstofffabrik und der Turbinenfabrik Voith nach einer Protestversammlung am Rathausplatz mit 4.000 TeilnehmerInnen in die Eisenbahnwerkstätte eindringen.<sup>35</sup>

Während die SPÖ-Führung die streikenden ArbeiterInnen als kommunistische Putschisten bezeichnete, prangerte die KPÖ „die verräterischen rechten SP- und Gewerkschaftsführer“ als „Streikbrecher und Organisatoren von Schlägerbanden“ an.<sup>36</sup> Angesprochen waren damit jene von SP-Gewerkschaftsfunktionären unter Führung von Franz Olah, Otto Probst und Edmund Reismann aufgestellten mobilen „Prügelgarden“, die in der Stärke von etwa 2.000 Mann ge-



Sperre der Ostbahnstrecke in Wien-Stadlau

gen die Streikenden und DemonstrantInnen zur Niederschlagung des angeblichen „Putsches“ eingesetzt wurden.<sup>37</sup> In einem Aufruf des ÖGB vom 5. Oktober 1950 wurde offen dazu aufgefordert, Gewalt mit Gewalt zu beantworten: „Alle Mittel, welche die Terroristen anwenden, um euch zum Streik zu zwingen, müssen auch in der Verteidigung gebraucht werden. Setzt der Gewalt die Gewalt entgegen und verteidigt euren Betrieb!“<sup>38</sup> Zu einem solchen Zusammenstoß kam es etwa am 4. Oktober bei der Straßenbahnremise in der Gudrunstraße in Wien-Favoriten, die von Streikenden blockiert wurde. „Da die Kommunisten in der Übermacht waren, griffen Bauarbeiter ein und vertrieben die Kommunisten“, schreibt hierüber Fritz Klenner.<sup>39</sup> „Um 10.30 Uhr kam auf vier Lastkraftwagen unter der Führung des Nationalrates Olah eine größere Anzahl von Bauarbeitern, welche in kürzester Frist und unter der begeisterten Zustimmung der Bevölkerung, die Gudrun-, Favoriten- und Laxenburger Straße bis zum Bahnhof von den Demonstranten säuberten“, umschreibt Alfred Migsch die von ihm als „Selbsthilfe“ der Wiener Arbeiter charakterisierte Aktion von Olahs bezahlter Schlägertruppe.<sup>40</sup> In einer ähnlichen Terminologie wurde die „Selbsthilfe“ in Niederösterreich gewürdigt. Hier wurde die gesamte Bahnstrecke „von dem kommunistischen Gesindel gesäubert“, wie in der *Arbeiter-Zeitung* zu lesen war.<sup>41</sup> Wenige Jahre nach dem Streik nahm die SPÖ für sich das Verdienst in Anspruch, „die Hauptlast des Kampfes gegen den Kommunismus“ auf sich genommen und den „Putsch“ der KPÖ „im Keim erstickt“ zu haben.<sup>42</sup>

Seitens der Regierung wurde in der zweiten Streikphase die Exekutive gegen die Streikenden aufgeboten, vor allem in den westlichen Bundesländern, wo streikende Betriebe – wie etwa die Steyr-Werke und die Alpine Donawitz – am

4. Oktober 1950 von der Gendarmerie besetzt wurden.<sup>43</sup> In Donawitz wurden in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 1950 angesichts bevorstehender Teilstreiks in diesem Werk zwölf kommunistische Betriebsräte verhaftet. Ihnen wurde – zu Unrecht – vorgeworfen, mit dem Streikbeschluss Sabotage an den Hochöfen zu bezwecken, und Anzeige

wegen Hochverrats erstattet.<sup>44</sup> Tags zuvor, am 3. Oktober, hatte Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) den gesamten österreichischen Sicherheitsapparat in Permanenzdienst gestellt, um die KPÖ von „der Zerstörung der demokratischen, unabhängigen Republik Österreich“ abzuhalten. Gleichzeitig wurde eine „Hilfspolizei“ aus Feuerwehr, Forstpersonal usw. aufgeboten.<sup>45</sup> Ziel dieser Maßnahmen war es, dass „Niederösterreich in kurzer Zeit von diesem Janhagel gesäubert“ werde, wie Helmer in der Sitzung des Ministerrats am 5. Oktober angesichts verschiedener Vorfälle in diesem Bundesland ankündigte.<sup>46</sup> In der *Arbeiter-Zeitung* war am 4. Oktober zu lesen, dass die Sicherheitsbehörden den Auftrag hätten, gegen die „Volksschädlinge energisch einzuschreiten“.<sup>47</sup> In Wiener Neustadt gab es blutige Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei und Gendarmerie. Nachdem die Arbeiter der Rax-Werke am späten Nachmittag des 4. Oktober das Post- und Telegraphenamts besetzt hatten, wurde dieses am Morgen des 5. Oktober von einer aus Wien entsandten Sicherheitswacheabteilung und einer Alarmabteilung der Gendarmerie geräumt, worauf die Arbeiter Verstärkung aus dem Rax-Werk anforderten. Im Zuge der folgenden Auseinandersetzungen wurde der Kommandeur der Gendarmerie Ferdinand Käs von den Streikenden arretiert, ins Rax-Werk gebracht und dann dem sowjetischen Stadtkommandanten übergeben. Dieser gab Käs die Weisung, dass die auswärtige Gendarmerieeinheit wieder abzuziehen sei und der „status quo“ wiederhergestellt werden müsse. Hierauf kehrten die Streikenden bis zum Abbruch des Streiks am Abend dieses Tages in das Postamt zurück.<sup>48</sup>

### Putschartige Ausschreitungen?

Die angeführten „Ausschreitungen“ dienen bis heute als „Beleg“ für die an-

gebliche Putschtaktik der kommunistischen Parteiführung. So könne laut Reinhard Meier-Walser „kein Zweifel bestehen, daß die KPÖ für den Fall der Ablehnung ihrer ultimativen Forderungen durch die Bundesregierung und den ÖGB plante, durch Gewaltaktionen und Terror (vor allem in Niederösterreich und Wien) chaotische Zustände (zu schaffen, um die sowjetische Besatzungsmacht zum Eingreifen zu veranlassen“.<sup>49</sup> Es entspricht den unterschiedlichen Wahrnehmungsebenen des Kalten Krieges, dass die KPÖ auch umgekehrt von einem ähnlichen Kalkül der Regierungsparteien ausging: die „phantastische Lügenhetze gegen die Kommunisten“ und deren „angebliche Putschpläne“ würden der Regierung dazu dienen, „eine Bürgerkriegsatmosphäre zu schaffen, die den amerikanischen Imperialisten eine willkommene Möglichkeit hätte geben sollen, in den Kämpfen zu intervenieren“, so KPÖ-Vorsitzender Johann Koplenig in seinem Referat in der Sitzung des Zentralkomitees nach Ende der Streikbewegung.<sup>50</sup> Entgegen der Annahme von Meier-Walser wurden die in der zweiten Streikphase vorkommenden Zwischenfälle und die von manchen Streikenden angewendeten Methoden in den Führungsgremien der KPÖ einer scharfen Kritik unterzogen, was belegt, dass sie nicht auf Anordnung der Parteileitungen erfolgt waren. Zwar wurden am letzten Streiktag die Straßen- und Bahnhofsblockaden in den sowjetischen verwalteten Bezirken in Wien auf Beschluss der lokalen Streikkomitees organisiert,<sup>51</sup> die dabei zur Anwendung gelangten Methoden schossen aber oftmals über das Ziel hinaus. Der niederösterreichische Landesobmann Franz Honner erkannte etwa in Einschätzung der Streikbewegung zwei Fehler: Zum einen „die Fehler von oben mit dem vorzeitigen Streikabbruch in der ersten Streikwoche“, zum anderen die „Fehler in der zweiten Streikwoche von unten“.<sup>52</sup> Der aus dem ÖGB ausgeschlossene stellvertretende Vorsitzende des niederösterreichischen Gewerkschaftsbunds Fritz Lauscher hielt es zwar für gerechtfertigt, dass in der ersten Phase im September die Streikenden von Großbetrieben in kleinere Betriebe gingen, um auch diese in den Streik miteinzubeziehen, in der zweiten Phase im Oktober wäre dies aber Wasser auf die Mühlen „der Lügenkampagne der SP- und Gewerkschaftsführung“ gewesen.<sup>53</sup> Franz Loistl, Zentralbetriebsratsobmann im Zistersdorfer Erdölgebiet, wusste von einer „Reihe von



**Straßenbahnblockaden am 5. Oktober 1950 in Wien, links: Schwedenplatz, rechts: Karlsplatz (Ecke Kärtner Straße)**

Leuten“ zu berichten, die sich „während des Streiks nicht an die Anweisungen des Streikkomitees gehalten haben und ultra-linke Einstellungen hatten“.<sup>54</sup>

Einigkeit herrschte im Zentralkomitee der KPÖ und den Landesleitungen darüber, dass die Bahnhofsbesetzungen und das „Herausholen“ von ArbeiterInnen aus den Betrieben der Regierung und der ÖGB-Führung Munition geliefert hätten, die Sache so darzustellen, als habe es sich nicht um einen wirtschaftlichen Kampf gehandelt, sondern als sei es der KPÖ tatsächlich um die Volksdemokratie gegangen. Vor diesem Hintergrund distanzierte sich Friedl Fürnberg, der damalige Generalsekretär der KPÖ, in späteren Jahren von diesen Aktionen, die die Parteiführung auch in den Streiktagen nicht gebilligt habe. „Wir beschäftigten uns nicht besonders damit, in Wirklichkeit handelte es sich um Nebensächlichkeiten“, rückte er jedoch gleichzeitig den zeitgenössischen Stellenwert der heute als „putschartige Ausschreitungen“ hochgespielten Ereignisse zurecht.<sup>55</sup> Auch der FÖJ- und KPÖ-Funktionär Hubert Friesenbichler, damals Kulturreferent im Wiener Kabel- und Metallwerk in Floridsdorf, konnte keine Vorbereitungen zu einem Putsch bemerken: „dass ein Gendarmerieposten in Gänserndorf besetzt worden sei, wurde bei den Gesprächen in der Bezirksleitung eher als heitere Anekdote denn als eine ernstzunehmende Aktion aufgefasst“.<sup>56</sup> Der damalige niederösterreichische Landessekretär Josef Meisel charakterisiert die „Brachialgewalt während der Kampffaktionen“ ebenso als „nicht der allgemeinen Orientierung“ entsprechend: „Das ist auch keineswegs bei den zentralen Besprechungen festgelegt gewesen, wobei es Äußerungen in einer solchen Richtung selbstverständlich ge-

geben hat, aber die sind im allgemeinen nicht akzeptiert worden.“<sup>57</sup>

Aus all diesen Stellungnahmen wird deutlich, dass diese Aktionen im September zunächst ein spontaner Ausdruck der Empörung der ArbeiterInnen waren und in den letzten Streiktagen im Oktober schließlich auch ein Verzweiflungsakt, nachdem klar geworden war, dass der Streik keine großen Erfolgsaussichten haben werde. So musste etwa – um ein Beispiel zu nennen – am 4. Oktober 1950 in St. Pölten zur Kenntnis genommen werden, dass neben den beiden USIA-Betrieben Voith und der Glanzstofffabrik keine weiteren Betriebe in den Streik treten würden. Laut Polizeibericht erklärten zwar die Betriebsräte kleinerer Betriebe, „mit dem 4. LPA nicht einverstanden zu sein“, die ArbeiterInnen schlossen sich aber dem Streik in dieser Phase nicht mehr an. Erst tags darauf, als die Niederlage der Streikbewegung bereits feststand, wurden vormittags für mehrere Stunden die beiden St. Pöltner Bahnhöfe besetzt und Straßensperren auf der Bundesstraße errichtet.<sup>58</sup> Zu ähnlichen kurzzeitigen Bahnhofsbesetzungen kam es am 5. Oktober auch in Gänserndorf, Krems, Korneuburg und Schwechat.<sup>59</sup>

Gegenüber jenen, die diese Zwischenfälle als „putschartig“ charakterisieren, macht Hans Hautmann folgenden Maßstab deutlich: „Bei jeder großen Massenbewegung, die aus Wut und Empörung über Provokationen seitens der Herrschenden ausbricht, kam und kommt es in ihrem Verlauf auch zu dem, was man gemeinhin ‚Ausschreitungen‘ nennt.“ Im September und Oktober 1950 waren diese aber „im historischen Kontext der Klassenkämpfe von unten weder sonderlich extrem noch ein Indiz für Putschabsichten“, so Hautmann, der zum Ver-

gleich auf die Ereignisse im September 1911 in Wien verweist, als wegen drastischer Verteuerungen der Grundnahrungsmittel „eine förmliche Explosion an Gewalttätigkeit erfolgte“.<sup>60</sup> Zu berücksichtigen ist ferner, dass es sich bei der Methode des „Herausholens“ der ArbeiterInnen aus kleineren und umlegenden Betrieben um eine alte Streiktradition der ArbeiterInnenbewegung und nicht um „wohlvorbereitete, organisierte [...] Terrorakte“ kommunistischer „Rollkommandos“<sup>61</sup> handelte, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, sie als „putschartig“ zu charakterisieren. Diese Aktionsform war auch nicht auf die Belegschaften von USIA-Betrieben beschränkt. So war beispielsweise bereits am ersten Streiktag, dem 26. September 1950, ein Teil der Belegschaft des verstaatlichten Stahlwerks Schoeller-Bleckmann in Ternitz nach Wimpasing zur Gummifabrik Semperit, einem Privatbetrieb, gezogen, wo die Niederlegung der Arbeit erreicht wurde. Beide Belegschaften marschierten dann weiter zur Spinnerei in Rohrbach am Steinfeld und zur Schraubenfabrik Brevillier & Urban in Neunkirchen, deren ArbeiterInnen sich dem Streik anschlossen. Der auf 5.000 Menschen angewachsene Demonstrationsszug hielt schließlich vor der Bezirkshauptmannschaft in Neunkirchen, wo eine Resolution übergeben wurde.<sup>62</sup>

Ebensowenig außer Acht zu lassen ist der Hinweis darauf, dass die „Putschlüge“ zum Zeitpunkt der kritisierten „Ausschreitungen“ am 4. und 5. Oktober ohnehin längst in die Welt gesetzt war und sie auch ohne die nun folgenden Verzweiflungstaten der Streikenden die weitere Auseinandersetzung bestimmt hätte. In dieser Situation glaubten die Streikenden in spektakulären Aktionen ein Vehikel zu erkennen, angesichts des

offensichtlichen Abflauens der Bewegung eine neue Dynamik zu entfachen. „Sie waren Ausdruck des verzweifelten Wunsches, den Streik doch noch irgendwie zu retten“, so Ernst Epler in einer von der KPÖ 15 Jahre nach dem Streik herausgegebenen Publikation.<sup>63</sup> Als der spätere kommunistische Stadtrat von Wiener Neustadt Franz Pusterhofer in der Sitzung des Zentralkomitees über die Besetzung des Postamts in Wiener Neustadt und des E-Werks in Ebenfurth berichtete, distanzierte er sich nicht von diesen „Übergriffen“, sondern hob im Gegenteil hervor, dass damit ein „neuer Schwung in die Streikbewegung hineingebracht“ worden sei und die Streikenden „sehr begeistert“ darauf reagiert hätten.<sup>64</sup>

### Gespaltene KPÖ?

Hauptinterpret der Putschthese im Bereich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung war seit den 1980er Jahren der bereits zitierte deutsche Politologe Reinhard Meier-Walser, der sie zunächst in seiner 1986 veröffentlichten Dissertation entwickelte<sup>65</sup> und 1990 in einem ÖVP-nahen Journal wiederholte.<sup>66</sup> Im Oktober 2000 – zum 50. Jahrestag des Streiks – wurde ihm in der *Neuen Zürcher Zeitung* die Gelegenheit gegeben, sie breitenwirksam zu vertreten. Er fügte dabei dieser Legende ein weiteres Element hinzu, das bemerkenswerter Weise im Jahr 2016 von mehreren Autoren aufgegriffen wurde: Nämlich die These, dass – wenn nicht die gesamte Partei – zumindest „radikale Teile“ der KPÖ Putschabsichten verfolgt hätten. Es könne „kein Zweifel bestehen“, so Meier-Walser, „dass zumindest der radikale Flügel der Partei mit der Initiierung von Gewalt- und Sabotageakten ein Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht zu provozieren versuchte, um die Errichtung einer ‚Volksdemokratie Ost-Österreich‘ durchzusetzen“.<sup>67</sup> Maximilian Graf überträgt diesen Versuch, die Putschthese wenn nicht für die ganze, so doch für einen Teil der KPÖ am Leben zu halten, auf die Führung der Partei: Seiner Meinung nach seien „zumindest ein Teil der Führung und größere Teile der Mitgliedschaft der KPÖ im Zuge des Oktoberstreiks 1950“ davon ausgegangen, „dass nun eine kommunistische Machtübernahme erfolgen würde“.<sup>68</sup>

Unbestritten ist, dass angesichts der Propaganda von Regierung und Gewerkschaftsführung und der allgemein vorhandenen irrationalen Ängste nicht nur große Teile der österreichischen Bevölkerung den Streik als „Putschversuch“

wahrnahmen, sondern dass auch einzelne KPÖ-Mitglieder die Protestbewegung mit der Hoffnung auf „größere Dinge“ verbanden und manche glaubten, dass es beim Streik „ums Ganze“ gehe, wie es der kommunistische Semperit-Betriebsrat Johann Lechner ausdrückte.<sup>69</sup> Dies rechtfertigt jedoch nicht die eher groteske Einschätzung von Maximilian Graf und Sarah Knoll in einer kommentierenden Fußnote zum Oktoberstreik, wonach es im Kontrast zur allgemeinen Ablehnung der Putschthese „bedenkenswert“ bleibe, „dass durchaus viele KommunistInnen in jenen Tagen dachten, dass nun die Revolution erfolgen würde“.<sup>70</sup> Auch theoretisch völlig unbedarfte KPÖ-Mitglieder wussten im Jahr 1950 gewiss zwischen einer Streikbewegung und einer Revolution zu unterscheiden. Fest steht aber, dass es nicht nur bei den kommunistischen „Radikalinskas“<sup>71</sup> im Jahr 1950 eine optimistische Stimmung gab, dass ein volksdemokratischer Entwicklungsweg womöglich doch noch beschritten werden könne und der Oktoberstreik ein wichtiger Wendepunkt sein könnte. Diese Haltungen speisten sich jedoch nicht aus putschistischem Abenteuererturn, sondern aus der allgemeinen Zukunftsgewissheit der österreichischen KommunistInnen, die trotz ihrer Zurückdrängung und Isolierung fest an die Überlegenheit des Sozialismus glaubten und eine sozialistische Entwicklung nicht als eine ferne Perspektive, sondern als etwas nahe Bevorstehendes ansahen. Selbst wenn man die angeführten Beispiele von gewaltsamen Betriebsstilllegungen, Bahnhofsbesetzungen und Straßenblockaden in Betracht zieht, stellen diese keinen Beleg für einen „radikalen Parteiflügel“ dar, der gegen den Willen der Parteiführung eine gewaltsame Eskalation herbeiführen wollte. Solche Aktionen einzelner AktivistInnen in der zweiten Streikphase erklären sich allein aus der Dynamik der Ereignisse und nicht aus einer eigenmächtigen „putschistischen“ Gesamtkonzeption eines festgefügtten Flügels der Partei. Es deutet auch nichts darauf hin, dass unterschiedliche, mit dem Oktoberstreik verfolgte Zielsetzungen die Parteiführung entzweit hätten, geschweige denn darauf, dass im Zentralkomitee oder gar im Polbüro „putschistische“ Tendenzen vorhanden gewesen wären. Beide Behauptungen bleiben auch konkrete Hinweise auf die ihnen zugrunde liegenden Quellen schuldig, und es ist kein Zufall, dass keine Exponenten der KPÖ-Führung namhaft gemacht werden, die 1950 – wie behauptet

– auf eine „Machtübernahme“ orientiert haben sollen.

### Wirtschaftlicher versus politischer Streik

Eine ganz allgemeine, bis heute aktuelle Grundlage der Putschlegende besteht in der mechanischen Gegenüberstellung der Kategorien „wirtschaftlicher Streik“ und „politischer Streik“. So findet sich in den meisten geschichtswissenschaftlichen Darstellungen zwar zunächst eine Abgrenzung von primitiven Varianten der Putschthese, wonach es der KPÖ um einen von langer Hand geplanten Staatsstreik gegangen wäre. Relativierend wird jedoch hervorgehoben, dass die Partei mit dem Oktoberstreik sehr wohl politische Ziele vertreten habe. Zumeist stützen sich diese Autoren auf eine erstmals von Manfred Rauchensteiner zitierte Aussage des KPÖ-Generalsekretärs Friedl Fürnberg, in der dieser in den 1970er Jahren – auf eine gezielte Nachfrage Rauchensteiners hin – „eingestand“, dass die KPÖ nicht nur eine Änderung der ökonomischen, sondern auch der politischen Verhältnisse beabsichtigt habe.<sup>72</sup> Diese Aussage wird von Wolfgang Mueller, Professor am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien, als Beleg dafür gewertet, dass der von der KPÖ vorbereitete Streik mit „putschartige(n) Züge(n)“ nicht nur sozialökonomische, sondern auch politische Ziele wie „die Destabilisierung des ÖGB und der Regierung“ verfolgte.<sup>73</sup> Damit wird die simple Tatsache, dass ein ökonomischer Kampf ab einer gewissen Größe automatisch auf die politischen Verhältnisse zurückwirkt, zur Grundlage einer abgeschwächten „Umsturzthese“, als wäre es ein Geheimnis, dass KommunistInnen für eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eintreten und weder in ihrer Kleinarbeit noch im Rahmen von Massenkämpfen die längerfristige Perspektive aus den Augen verlieren. Zugespitzt kommt diese Argumentation in der 1990/91 von Franz Olah vertretenen „These“ zum Ausdruck, wonach der Oktoberstreik ein „politischer Streik“ gewesen sei, und ein politischer Streik „sei immer ein Putschversuch“<sup>74</sup> und „die Vorstufe zum Bürgerkrieg“.<sup>75</sup>

Die Langlebigkeit der Geschichtslegende vom „Oktoberputsch“ erklärt sich damit weniger aus einer Analyse der konkreten Ereignisse, sondern vielmehr aus dem allgemeinen Interpretationsrahmen der KPÖ-Politik nach 1945. So bringen selbst renommierte Fachhistoriker die Oppositionspolitik der KPÖ ab

1947, ja kommunistische Politik schlechthin mit Umsturz in Verbindung. Zentraler Bezugspunkt zur Einordnung der KPÖ-Politik sind nicht die – zumeist als „Unruhen“ gekennzeichneten – Klassenauseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die die kapitalistische Restauration begleiteten, sondern die kommunistische „Destabilisierungspolitik“, deren Höhepunkt „die Streikunruhen vom Oktober 1950“ dargestellt hätten.<sup>76</sup> Dass oft bereits die allgemeine Politik und Programmatik der KPÖ dazu ausreicht, einen Zusammenhang zu Putsch, Umsturz und Machteroberung herzustellen, belegt ein Beitrag über den Oktoberstreik im Katalog zur Staatsvertragsausstellung in der Schallaburg im Jahr 2005, wird hierin doch die 1946 in den „Programmatischen Leitsätzen“ des 13. Parteitags festgehaltene volksdemokratische Orientierung als Beleg für die kommunistischen Umsturzpläne gedeutet. Konkret ist dort zu lesen, dass für die KPÖ „die Unruhen ein Ansatzpunkt (waren), die ökonomischen und politischen Verhältnisse auf radikale Weise zu ändern. [...] Das Endziel bestand laut den Programmatischen Leitsätzen der KPÖ von 1946 in der ‚Errichtung einer echten Volksdemokratie‘. Wie die Erfahrungen jenseits des Eisernen Vorhangs lehrten, erfolgte die Etablierung dieser Regierungsform nicht mit demokratischen Mitteln. Dass die österreichischen Kommunisten ebenfalls bereit waren, außerhalb des demokratischen Kanons zu agieren, erwies sich spätestens an den Vorgängen vom Herbst 1950.“<sup>77</sup> Selbst Gerald Stourzh hält die Tatsache, dass die KPÖ in ihrer Programmatik „ganz offen für die ‚Errichtung einer echten Volksdemokratie‘ in Österreich“ eingetreten sei, für einen erwähnenswerten Gesichtspunkt im Rahmen seiner Problematisierung „kommunistischer Machteroberungsstrategien“.<sup>78</sup>

Tatsächlich ging es beim Oktoberstreik zunächst um die wirtschaftlichen Forderungen der ArbeiterInnenschaft, die von der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz am 30. September 1950 als Ultimatum an die Regierung erhoben wurden: Zurücknahme der Preissteigerungen oder Verdoppelung der Löhne. Es war ein „Kampf um Brot und Lohn, der mit gewerkschaftlichen Mitteln [...] geführt wurde“, und kein unmittelbarer Kampf „für irgendwelche machtpolitischen Forderungen“,<sup>79</sup> wie die KPÖ unmittelbar nach dem Streik in einer Resolution des Zentralkomitees festhielt. Obwohl in der zeitgenössischen Gegen-



Von der Polizei errichtete Straßensperre in der Wiener Herrengasse am 26.9.1950

propaganda<sup>80</sup> und auch in der wissenschaftlichen Literatur durchgängig von einem „Generalstreikversuch“ der KPÖ die Rede ist, wurde dieser Begriff von der KPÖ nicht gebraucht. Es gab zwar einen Aufruf zum Streik, aber keine dezidierte „Generalstreikparole“,<sup>81</sup> wie etwa bei Fritz Klenner zu lesen ist. Auch im Rahmen der Betriebsrätekonferenz in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik wurde allein auf der Ebene des gewerkschaftlichen Lohnkampfes argumentiert, und selbst im Zusammenhang mit dem an die Regierung gerichteten Ultimatum wurde der Terminus „Generalstreik“ vermieden, was ganz offensichtlich damit zu tun hatte, der inzwischen die Auseinandersetzung bestimmenden Legende vom kommunistischen Putschversuch keine Nahrung zu geben. „Es hat keinen Generalstreik und keinen Appell zum Generalstreik gegeben. Aber die Arbeiter sind sich klar darüber geworden, daß sie imstande sind, zur gegebenen Zeit den Generalstreik durchzuführen“, war nach dem Streik in einer Propagandaschrift der KPÖ zu lesen.<sup>82</sup>

Es wäre aber dennoch eine Vereinfachung, von einem rein wirtschaftlichen Abwehrkampf auszugehen. Bereits im Rahmen ihrer Neuwahlkampagne hatte die KPÖ ab November 1946 auch öffentlich davon gesprochen, dass die Teilstreiks und Proteste zu einer *politischen* Massenbewegung gesteigert werden müssten, um auf diesem Weg eine stärkere Beteiligung der KPÖ an den Regierungsgeschäften zu erzwingen.<sup>83</sup> Was vier Jahre zuvor auch vom politischen Gegner als legitime politische Strategie akzeptiert wurde, nämlich den Druck der

Straße „politisch“ zu übersetzen, erschien im Herbst 1950 unter veränderten Rahmenbedingungen als Vorbereitung zum Umsturz. Dies ist nicht zuletzt auch deshalb bemerkenswert, als die KPÖ im Rahmen der Streikbewegung zu keinem Zeitpunkt Forderungen nach einem Rücktritt der Regierung erhob und – anders als in den Vorjahren – die Möglichkeit von Neuwahlen nicht zur Diskussion gestellt wurde. Die vorrangig wirtschaftliche Zielsetzung des Streiks kommt auch in der frühzeitig von der KPÖ-Führung betriebenen Streikunterbrechung zum Ausdruck: Deren Hauptüberlegung war, der Regierung die Chance zu geben, doch noch einzulenken. Nach der machtvollen Bewegung des 26. September wurde der Druck der Straße weggenommen, um der Regierung Zeit zu verschaffen, die aus dem 4. Lohn-Preis-Abkommen resultierenden Belastungen rückgängig zu machen. Es ging also um eine Abschwächung des Lohn-Preis-Abkommens auf dem Wege eines Ultimatums und nicht um einen Putsch zum Sturz der Regierung. Es wäre auch ein einigermaßen seltsamer und dilettantischer Putschplan gewesen, auf den Rückenwind einer spontanen Massenbewegung zu verzichten, dem „Gegner“ eine Woche Zeit zur Sammlung seiner Kräfte zu geben und dann angekündigterweise erneut loszuschlagen. „Wunderliche Putschisten, die einen Putsch mit Pausen, einen Putsch in Raten anzetteln, tagelang abwarten, dann ein verspätetes Ultimatum stellen, dann abermals zuwarten, um schließlich die Reste eines zerbrochenen Streiks in einen verlorenen Kampf zu werfen!“, schrieb etwa der

KPÖ-Politiker Ernst Fischer in seinen Erinnerungen.<sup>84</sup> Ungeachtet des wirtschaftlichen Charakters des Oktoberstreiks werden aber zwei längerfristige politische Zielsetzungen nicht in Abrede zu stellen sein: Einerseits den politischen Einfluss der KPÖ zu stärken und andererseits aus dem ÖGB ein Kampfinstrument der ArbeiterInnenbewegung zu machen. Es ging den österreichischen KommunistInnen im Jahr 1950 zwar primär um eine Verbesserung der ökonomischen Situation der ArbeiterInnen, sie verbanden den Massenstreik aber auch mit der Hoffnung, Kräfteverhältnisse sowohl auf allgemein-politischer Ebene als auch im Gewerkschaftsbund in Bewegung bringen zu können.

Hinsichtlich der Frage nach dem rein ökonomischen bzw. politischen Charakter des Oktoberstreiks ist die von der KPÖ verfolgte Strategie jedoch von nachrangiger Bedeutung gegenüber einem objektiv gegebenen Gesichtspunkt: Allgemeine Zielsetzung der Streikbewegung war es, das von der Regierung gemeinsam mit der Unternehmervertretung und der ÖGB-Führung geheim ausverhandelte Lohn-Preis-Abkommen zu Fall zu bringen. Wäre dieser ökonomischen Zielsetzung aufgrund der Wucht der Streikbewegung ein Erfolg beschieden gewesen, so wären sowohl die Regierung als auch der ÖGB diskreditiert gewesen. Die ökonomische Forderung, den Pakt zu Fall zu bringen, war also objektiv „politisch“, da sie „gegen die Abmachungen von Regierungs- und Gewerkschaftsspitzen gerichtet war“.<sup>85</sup> Eine Rücknahme der Belastungen wäre eine gewaltige Niederlage für die Regierung Figl-Schärf gewesen, und selbst das System der Sozialpartnerschaft hätte sich wohl nicht dergestalt etablieren können, wie es in den kommenden Jahren der Fall war. Dies ist auch der Grund dafür, warum in den Tagen der Streikunterbrechung alle Mittel aufgeboden wurden, um die Protestbewegung als kommunistischen Putsch zu stigmatisieren. Die Regierung „hätte den Prestigeverlust wahrscheinlich nicht lange überlebt, geschweige denn, daß die Gewerkschaften ihn ungefährdet überstanden hätten“, musste zeitgenössisch selbst Fritz Klenner einschätzen.<sup>86</sup> Angesichts der „Identität von staatlicher und zentraler gewerkschaftlicher Lohnpolitik“<sup>87</sup> war die politische Komponente im September und Oktober 1950 von vornherein gegeben und sie musste nicht erst von der KPÖ in die Protestbewegung hineingetragen werden: „Der Generalstreik

hätte, wenn er erfolgreich verlaufen wäre, die sozialpartnerschaftliche Wiederaufbaupolitik und damit die reibungslose Restauration der Marktwirtschaft in Frage stellen können. [...] In einer Situation, in der die Gewerkschaftsführung zum Funktionär einer staatlich gelenkten Lohnpolitik geworden war, mußte jede gewerkschaftliche Forderung in eine politische umschlagen“, so der Wirtschaftshistoriker Fritz Weber in Einschätzung der Protestbewegung.<sup>88</sup> Umgekehrt war es vor allem das Anliegen von Regierung und ÖGB-Führung, sich „bei der Niederhaltung der Streikbewegung ausschließlich auf politische Argumente“ zu beschränken und „die wirtschaftliche Bedeutung des 4. Lohn- und Preisabkommens beiseite“ zu lassen,<sup>89</sup> wie der spätere Innenminister Karl Schlögl (SPÖ) in seiner Arbeit über den Oktoberstreik feststellt.

### Aufbaumythos

Angesichts der Tatsache, dass auf der Faktenebene keine stichhaltigen Beweise für kommunistische Umsturzpläne gefunden werden können, liegen den bis zum heutigen Tag vertretenen Varianten der Putschthese im wesentlichen geschichtspolitische Motive zugrunde. So bleibt die Legende vom Kommunistenputsch“ vor allem für jene AutorInnen und PolitikerInnen aktuell, die ein vom „Aufbaumythos“ geprägtes Geschichtsbild über die Besatzungszeit vertreten. Ungeachtet aller Ergebnisse der zeitgeschichtlichen Forschung wird in diesen Lesarten an der kommunistischen Bedrohung, am Stereotyp des staatsgefährdenden Kommunisten und am Phantom der Volksdemokratie festgehalten. Demgegenüber erscheint die Zweite Republik als großkoalitionäres Erfolgsprojekt und als erfolgreiches Aufbauwerk von SPÖ und ÖVP. Der Oktoberstreik bleibt in dieser Sicht ein Sinnbild für die unumgängliche Auseinandersetzung mit der KPÖ, ein „Erinnerungsort“ für die erfolgreiche Abwehr des Kommunismus. „Die politische Legitimierungsfunktion des uminterpretierten Geschichtsbildes zeigt sich besonders bei jenen historischen Ereignissen, die das Bild der ‚natürlichen‘ Koalitions- und Harmonieentwicklung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg stören“, analysierte Helmut Konrad bereits 1977 jene politisch motivierten Sichtweisen auf das Besatzungsjahrzehnt.<sup>90</sup>

Positiver Held dieser Erzählung ist Franz Olah, der den „Alleinvertretungsanspruch für die Niederwerfung des

Oktoberstreiks“ an sich riss<sup>91</sup> und zum Retter der österreichischen Freiheit im Herbst 1950 stilisiert wird. Bis in die jüngere Vergangenheit ist diese Sicht vor allem in Politikerreden präsent, nicht nur bei konservativen, sondern auch bei sozialdemokratischen Spitzenpolitikern: So ging der ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) im Jahr 1998 davon aus, dass die österreichische Bevölkerung 1950 „geradezu selbstverständlich [...] einen kommunistischen Putschversuch in die Schranken“ gewiesen habe.<sup>92</sup> Der ehemalige Finanzminister Hannes Androsch (SPÖ) sprach 2005 von einem „putschähnlichen Streik“ und gleich einen Satz weiter vom gescheiterten „Putschversuch“ der KPÖ.<sup>93</sup> Nicht anders der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP), der im Jubiläumsjahr 2005 bei einer Veranstaltung der *Europäischen Rundschau* zum 50. Jahrestag des Staatsvertrags in der Raiffeisen Zentralbank behauptete, dass die „Putschpläne der KPÖ“ Realität gewesen seien und er den „mutigen Widerstand dagegen“ würdigte.<sup>94</sup> Im selben Jahre wurde Olah von Schüssel mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet und als Retter Österreichs vor kommunistischen Umsturzplänen gewürdigt.<sup>95</sup>

Nicht wegzudenken ist die Putschlegende nach wie vor aus zwei weiteren Feldern: zum einen aus massenmedial verbreiteten Zeitungsartikeln, wovon nicht zuletzt groß angelegte Beiträge zeugen, die im Fünf- bzw. Zehnjahresintervall in allen überregionalen österreichischen Blättern über den Oktoberstreik erscheinen. Es ist dies wohl jener Bereich, in dem zeitgeschichtliche Forschungsergebnisse – zugunsten langlebiger Geschichtsmysmen – insgesamt am wenigsten zur Kenntnis genommen werden. Reißerisch aufgemachte Beiträge über den Oktoberstreik rücken in der Regel allein die Frage, ob es sich um einen kommunistischen Putschversuch gehandelt habe, in den Vordergrund, während die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen der Streikbewegung nur am Rande interessieren. Zum anderen nimmt die Putschthese einen anhaltend breiten Raum sowohl in der populärgeschichtlichen und regionalgeschichtlichen als auch in der Memoirenliteratur ein. Alleine die Neuerscheinungen der letzten Jahre aufzuzählen, in denen – ungeachtet zeitgeschichtlicher Forschungen – an der Putschthese festgehalten wird, würde mehrere Spalten

füllen. Stellvertretend sei eine 2015 erschienene Biografie über den damaligen Bundeskanzler Leopold Figl genannt, in der die Preiserhöhungen im Jahr 1950 als „ideale Ausgangslage für die Kommunisten“ charakterisiert werden, „die darauf lauern, die staatliche Ordnung zu erschüttern, um dann mit sowjetischer Hilfe die Macht an sich reißen zu können“.<sup>96</sup> Der Gendarmeriehistoriker Friedrich Brettnner konnte in einer 1999 vom Innenministerium herausgegebenen Publikation behaupten, dass es sich beim Oktoberstreik „um einen geplanten Putschversuch kommunistischer Anhänger“ handelte, „um in der sowjetischen Zone mit Unterstützung der Roten Armee doch noch an die Macht zu kommen“.<sup>97</sup> Auch in einer 2002 von Franz Schnabl, dem damaligen Generalinspektor der Wiener Sicherheitswache und heutigem Politiker der SPÖ Niederösterreich, mitverfassten Geschichte der Wiener Polizei ist vom „gescheiterten Kommunisten-Putsch“ zu lesen.<sup>98</sup> Wenig überraschend erinnert sich Fritz Molden, einer der Hauptprotagonisten des Kalten Krieges, in seinen 2007 erschienenen Memoiren an den „kommunistischen Oktoberputsch“.<sup>99</sup>

### Verblässender Erinnerungsort

Demgegenüber gibt es im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Umfeld seit einigen Jahren merkbare Zeichen einer Entspannung bzw. Korrektur. Im Oktober 2010 luden der ÖGB-eigene *Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung*, das Institut für Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern sowie die *Alfred Klahr Gesellschaft* zu einer gemeinsamen Tagung unter dem Titel „Mythos Putsch“, in deren Rahmen Hans Hautmann auf die Entstehung und Funktion der Geschichtslegende einging. Anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung des ÖGB beschloss der Bundesvorstand Ende Oktober 2015 mit den Stimmen aller Fraktionen, dass die Behauptung, wonach es sich beim Oktoberstreik um einen kommunistischen Putschversuch gehandelt habe, als widerlegt zu betrachten sei. Die nach dem Streik aus dem ÖGB ausgeschlossenen 78 GewerkschafterInnen wurden rehabilitiert.<sup>100</sup> Im Vorwort einer aus diesem Anlass im ÖGB-Verlag erschienenen Publikation schrieb der damalige ÖGB-Präsident Erich Foglar: „Mit dem emotionalen Abstand und neuen Erkenntnissen ist es nun möglich, sich endgültig von bisherigen traditionell eingefahrenen Bildern zu lösen [...]. Die



Kundgebung am Wiener Rathausplatz am 4. Oktober 1950

Quintessenz ist: Der Oktoberstreik 1950 war kein kommunistischer Putschversuch.<sup>101</sup> Gewerkschaftsintern wurde damit ein Schlusspunkt gesetzt unter den Mythos vom „Kommunistenputsch“.

Angesichts dieser Festlegung des ÖGB wird der Oktoberstreik als zentraler „Erinnerungsort“ der Zweiten Republik wohl an Bedeutung verlieren. Bei bevorstehenden Jahrestagen wird die Putschlegende in Zeitungsartikeln gewiss weniger häufig anzutreffen sein. Ein ähnlicher Trend wird langfristig betrachtet auch die akademische Geschichtsschreibung prägen: Nicht zuletzt vor dem Hintergrund neuerer Forschungen<sup>102</sup> werden künftig immer weniger HistorikerInnen dazu bereit sein, sich mit erfundenen Putschvorwürfen Richtung KPÖ zu blamieren. Ewig unbelehrbar werden jene bleiben, die die damalige Oppositionspolitik der KPÖ allein als „Destabilisierung“ und versuchten Umsturz einzuschätzen bereit sind und jegliche außerparlamentarische Aktivität als Vorbereitung zur Machtübernahme und zum Putsch deuten. Einer solch eingeschränkten Sicht wird es auch in Zukunft verwehrt bleiben, den Oktoberstreik des Jahres 1950 als das einzuordnen, was er war: legitimer Protest gegen soziale Belastungen und Höhepunkt der Klassenauseinandersetzungen der unmittelbaren Nachkriegszeit.

#### Anmerkungen:

- 1/ Sozialminister Maisel an die Metallarbeiter, in: *Arbeiter-Zeitung*, 29.9.1950, S. 2.
- 2/ Archiv des ÖGB, Protokoll der Sitzung des Bundesvorstands des ÖGB am 19.10.1950, S. 6.

3/ Migsch, Alfred: Anschlag auf Österreich. Ein Tatsachenbericht über den kommunistischen Putschversuch im September – Oktober 1950, hg. vom Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1950], S. 8 und 10.

4/ Klenner, Fritz: Putschversuch – oder nicht? Ein Tatsachenbericht über das 4. Preis- und Lohnabkommen und die beiden gescheiterten kommunistischen Generalstreikversuche im September und Oktober 1950. Wien: Presseferat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes o.J. [1950] (Beilage zur „Gewerkschaftlichen Rundschau“).

5/ Konrad, Helmut: Kein Putsch. Legendenkehr aus zum Oktoberstreik 1950, in: *Neues Forum*, 24. Jg. (1977), Nr. 286, S. 39–43.

6/ Ludwig, Michael/Mulley, Klaus Dieter/Streibel, Robert (Hg.): Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Wien 1991, S. 127 (Fritz Klenner).

7/ Cronin, Audrey Kurth: Great Power Politics and the Struggle over Austria, 1945–1955. Ithaca, London 1986, S. 108–111, hier S. 108.

8/ Gärtner, Heinz: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei. Wien 1979 (Studien zur österreichischen und internationalen Politik, Bd. 3), S. 117.

9/ Ruggenthaler, Peter: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55, in: Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge. Graz, Wien, München 2005 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 4), S. 650–726, hier S. 686f. und 709.

10/ Rauchensteiner, Manfred: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien 2005, S. 188.

11/ Tweraser, Kurt: US-Militärregierung für

Oberösterreich, Bd. 1: Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besetzung in Oberösterreich-Süd 1945–1950. Linz 1995 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs, Bd. 14), S. 401.

12/ Vgl. Knight, Robert: Es war doch kein „D-Day“, in: Ludwig/Mulley/Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950, S. 125–137, hier S. 125; Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. Wien, Köln, Graz 2005 (Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 62), S. 194–196.

13/ Höbelt, Lothar: Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Graz, Stuttgart 1999, S. 117.

14/ Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 182.

15/ Hautmann, Hans: Der Platz des Oktoberstreiks in der österreichischen Geschichte, in: ders.: Von der Permanenz des Klassenkampfes und den Schurkereien der Mächtigen. Aufsätze und Referate für die Alfred Klahr Gesellschaft. Wien 2013 (Quellen & Studien, Sonderband 16), S. 275–285, hier S. 276.

16/ Hans Hautmann: Der „Kommunisten-Putsch“ 1950. Entstehung und Funktion einer Geschichtslegende, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 17. Jg. (2010), Nr. 3, S. 1–5, hier S. 1.

17/ Rathkolb, Oliver: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015. Wien 2015, S. 34.

18/ Hautmann: Der „Kommunisten-Putsch“, S. 4.

19/ Hanisch, Ernst: Überlegungen zum Funktionswandel des Antikommunismus. Eine österreichische Perspektive, in: Diendorfer, Gertraud/Jagschitz, Gerhard/Rathkolb, Oliver (Hg.):

Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtetage 1997. Innsbruck, Wien 1998, S. 37–45, hier S. 39.

20/ Kriechbaumer, Robert: Der lange Weg in die Moderne. Ein mentalitätsgeschichtlicher Essay zur Geschichte der Zweiten Republik, in: ders. (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945, Bd. 1: Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen. Wien, Köln, Weimar 1998, S. 17–48, hier S. 28.

21 Sandgruber, Roman: Das 20. Jahrhundert. Wien 2003 (Geschichte Österreichs, Bd. VI), S. 128.

22/ Brauneder, Wilhelm: Österreichs Staatlichkeit 1945 im europäischen Umfeld, in: Kunštát, Miroslav/Šebek, Jaroslav/Schmoller, Hildegard (Hg.): Krise, Krieg und Neuanfang. Österreich und die Tschechoslowakei in den Jahren 1933–1948. Berlin 2017 (Schriftenreihe der Ständigen Konferenz österreichischer und tschechischer Historiker zum gemeinsamen kulturellen Erbe, Bd. 2), S. 205–217, hier S. 215.

23/ Butschek, Felix: Vom Staatsvertrag zur Europäischen Union. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart. Wien, Köln, Weimar 2004, S. 25.

24/ Mueller, Wolfgang: Die gescheiterte Volkdemokratie. Zur Österreich-Politik von KPÖ und Sowjetunion 1945 bis 1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2005. Berlin 2005, S. 141–170, S. 158.

25/ Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar 2005, S. 180.

26/ Kriechbaumer, Robert (Hg.): Neues aus dem Westen. Aus den streng vertraulichen Berichten der Sicherheitsdirektion und der Bundespolizeidirektion Salzburg an das Innenministerium 1945 bis 1955. Wien, Köln, Weimar 2016, S. 41, Anm. 54.

27/ Stourzh, Gerald: Österreichs Weg zum Staatsvertrag und zur Neutralität, in: Forum Politische Bildung (Hg.): Frei – Souverän – Neutral – Europäisch. 1945 1955 1995 2005. Innsbruck, Wien, München, Bozen 2004 (Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 22), S. 7–20, hier S. 11 (Hervorhebung M.M.).

28/ Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 194.

29/ Klambauer, Otto: Die sowjetische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945–1955, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 435–450, hier S. 446.

30/ Vocolka, Karl: Österreichische Geschichte. München 2005, S. 115 (4. Auflage 2014).

31/ Schmidl, Erwin A.: „Rosinenbomber“ über Wien? Alliierte Pläne zur Luftversorgung Wiens im Falle einer sowjetischen Blockade 1948–1953, in: ders. (Hg.): Österreich im frühen Kalten Krieg 1945–1958. Spione, Partisanen,

Kriegspläne. Wien, Köln, Weimar 2000, S. 171–192, hier S. 176.

32/ Kriechbaumer (Hg.): Neues aus dem Westen, S. 278, Anm. 242.

33/ Graf, Maximilian: Die KPÖ und Europa: Internationale Stellung und Europapolitik einer Kleinpartei (1945–heute), in: Di Palma, Francesco/Mueller, Wolfgang (Hg.): Kommunismus und Europa. Europapolitik und -vorstellungen europäischer kommunistischer Parteien im Kalten Krieg. Paderborn 2016, S. 240–260, hier S. 243.

34/ Der bewaffnete Terror gegen die Arbeiter, in: *Österreichische Volksstimme*, 8.10.1950, 3.

35/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), BMI, Zl. 124.756–2/51, Bundespolizeikommissariat St. Pölten, Abtlg. Kr. I, 13.11.1950, S. 1.

36/ Bericht des Zentralkomitees über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Referat des Genossen Johann Koplénig, in: Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs im Wiener Konzerthaus, 1. bis 4. November 1951 (Gekürztes Protokoll), hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1952], S. 47–85, hier S. 61.

37/ Mit Streikbrechergarden und Hahenschwänzern gegen die Streikenden, in: *Österreichische Volksstimme*, 5.10.1950, S. 2.

38/ Vgl. Verteidigt euren Betrieb!, in: *Arbeiter-Zeitung*, 6.10.1950, S. 1.

39/ Klenner: Putschversuch, S. 63.

40/ Migsch: Anschlag auf Österreich, S. 41.

41/ Abwehr des Terrors, in: *Arbeiter-Zeitung*, 6.10.1950, S. 1.

42/ Kautsky, Benedikt: Geistige Strömungen im österreichischen Sozialismus. Wien 1953, S. 29.

43/ Gendarmerie besetzt Steyr-Werke, in: *Österreichische Volksstimme*, 5.10.1950, S. 1; Der bewaffnete Terror gegen die Arbeiter, in: *Österreichische Volksstimme*, 8.10.1950, S. 3.

44/ Vgl. Zusammenbruch der neuen Reichstagsbrand-Lüge. Der geplante Staatsstreich zur Verhängung faschistischer Ausnahmegesetze, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.10.1950, S. 1.

45/ ÖStA/AdR, BMI, Zl. 134.937–2/50, Rund-erlass von Oskar Helmer an den Polizeipräsidenten in Wien, die Sicherheitsdirektoren, die Leiter der Bundespolizeibehörden und Landesgendarmeriekommandanten, 3.10.1950.

46/ ÖStA/AdR, BKA, Ministerratsprotokolle Figl II, Kt. 71, Protokoll Nr. 220a der ao. Sitzung des Ministerrats am 5.10.1950, S. 3.

47/ Warnung vor Sabotageakten!, in: *Arbeiter-Zeitung*, 4.10.1950, S. 2.

48/ Gestern weitere Ausbreitung der Streikbewegung in Wien und Niederösterreich, in: *Österreichische Volksstimme*, 6.10.1950, S. 3.

49/ Meier-Walser, Reinhard: Die gescheiterte Machtergreifung der österreichischen Kommunisten im Herbst 1950, in: *Christliche Demokratie*, 8. Jg. (1990), Nr. 2, S. 81–110, hier S. 97.

50/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 12./13.10.1950, Beilage 1: Referat

## Zur Lage der arbeitenden Klasse in der (Corona-)Krise

200 Seiten/Sonderheft  
und Ausgabe 4\_2020

**Mit Beiträgen von** Wolfgang Albers (Mda Die LINKE), Rolf Becker, Hans-Peter Brenner, Raimund Ernst, Glen Ford (USA), Wolf-Dieter Gudopp von Behm, Lothar Geisler, Nina Hager, Kai Köhler, Dieter Kraft, Stefan Kühner, Lena Kreymann/Andrea Hornung (SDAJ), Robert Krotzer (KPÖ Graz), Francesco Maringio (Italien), Hans Modrow, Christian Müller (Schweiz), Claudio Ottono, (KP Argentinien) Karl-Heinz Peil, Rainer Perschewski, Ronald Pienkny, Anne Rieger (KPÖ Graz), Werner Rügemer, Eduardo Goncalves Serra (Brasilianische KP), Regina Schmidt-Kühner, Franziska Schneider, Ulrich Schneider (F.I.R.), Volkmar Schöneburg, Conrad Schuhler, Manfred Sohn, Shashi Tharoor (Indischer Nationalkongress), Klaus Wagener, Rob Wallace (USA), Andreas Wehr, Holger Wendt, Sebastian Wisiak (KPÖ Graz), Lucas Zeise, Werner Zimmer-Winkelmann



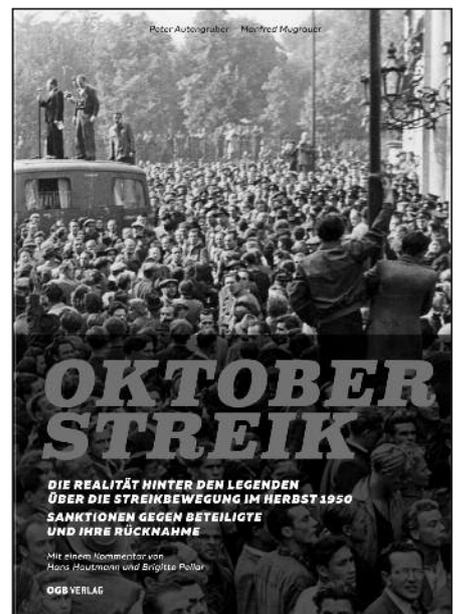
**Neue  
Impulse  
Verlag**

Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel. 0201 | 23 67 57

Einzelpreis 12,50 €  
Jahresabo 48,00 €  
ermäßigtes Abo 32,00 €

[www.marxistische-blaetter.de](http://www.marxistische-blaetter.de)

- von Johann Koplenig, S. 5.
- 51/ ZPA der KPÖ, Besprechung mit den Bezirksstreikkomitees in Wien am 5.10.1950, S. 1.
- 52/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 3. Landesparteitags der KPÖ Niederösterreich am 6.–8.4.1951, Referat von Franz Honner, S. 20–48, hier S. 28.
- 53/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 31.10.1950, S. 7.
- 54/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 12./13.10.1950, Beilage 13: Franz Loistl, S. 1.
- 55/ ZPA der KPÖ, Interview von Ronald Gruber mit Friedl Fürnberg, 28.5.1973, S. 2f.
- 56/ Friesenbichler, Georg/Friesenbichler, Hubert: Die drei Leben des Hubert F. Vom jungen Nazi-Gegner zum linken Journalisten. Mit einem Anhang zur Parteipublizistik nach 1945. Wien 2014, S. 69.
- 57/ Meisel, Josef: Die Mauer im Kopf. Erinnerungen eines ausgeschlossenen Kommunisten 1945–1970. Wien 1986, S. 119.
- 58/ ÖStA/AdR, BMI, ZI. 124.756–2/51, Bundespolizeikommissariat St. Pölten, Abteilung Kr. I, 13.11.1950, S. 1f.
- 59/ Klenner: Putschversuch, 73.
- 60/ Hautmann: Der „Kommunisten-Putsch“, S. 2f.
- 61/ Klenner: Putschversuch, S. 91; Migsch: Anschlag auf Österreich, S. 45.
- 62/ Fast ganz Niederösterreich im Streik. Der Zugverkehr stillgelegt – Massenkundgebungen in den Industriezentren, in: *Österreichische Volksstimme*, 27.9.1950, S. 2.
- 63/ Epler, Ernst: Der große Streik. Wien 1965, S. 138.
- 64/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 12./13.10.1950, Beilage 7: Franz Pusterhofer, S. 1.
- 65/ Meier-Walser, Reinhard: Der Streikputsch der KP Österreichs und seine internationalen Hintergründe. Die kommunistischen Streikaktionen vom September/Oktober 1950 im besetzten Österreich vor dem Hintergrund der sowjetischen Machtexpansion in Osteuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. München 1986 (tuduv-Studien, Reihe Politikwissenschaften, Bd. 11), S. 68.
- 66/ Ders.: Die gescheiterte Machtergreifung, S. 86 und 97.
- 67/ Ders.: Österreich – eine Volksdemokratie? Scheitern eines kommunistischen Putschversuches in Wien, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 27.9.2000, S. 5.
- 68/ Graf: Die KPÖ und Europa, S. 243.
- 69/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 31.10.1950, S. 6; Protokoll des 3. ZK-Plenums der KPÖ am 14./15.11.1954, Beilage 14: Johann Lechner, S. 2.
- 70/ Franz Marek. Beruf und Berufung Kommunist. Lebenserinnerungen und Schlüsseltexte, hg. und eingeleitet von Maximilian Graf und Sarah Knoll. Wien 2017, S. 176, Anm. 380.
- 71/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der Landesleitung der KPÖ Niederösterreich am 25.10.1950, S. 3 (Franz Honner).
- 72/ Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz, Wien, Köln 1979, S. 295.
- 73/ Mueller: Volksdemokratie, S. 158.
- 74/ Olah: Es war ein Putsch. Kritik an heute lehrenden Historikern, in: *Die Presse*, 26.9.1990, S. 6.
- 75/ Olah, Franz: Der KP-Putsch von 1950 aus heutiger Sicht, in: *Conturen*, 11. Jg. (1991), Nr. 2, S. 83–91, hier S. 86.
- 76/ Mueller: Volksdemokratie, S. 158.
- 77/ Benedikter, Christoph H.: Der Oktober 1950, in: Karner, Stefan/Stangler, Gottfried (Hg.): „Österreich ist frei!“ Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg 2005. Horn, Wien 2005, S. 210–212, hier S. 212.
- 78/ Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 588.
- 79/ Resolution des ZK über die politische Lage und die Lehren aus dem großen Kampf der österreichischen Arbeiterschaft, in: Die Beschlüsse des ZK-Plenums vom 12. und 13. Oktober 1950. Die politische Lage und die Lehren aus dem großen Kampf der österreichischen Arbeiterschaft. Die nächsten organisatorischen Aufgaben der Partei. Kooptierungen ins ZK, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1950], S. 3–8, hier S. 4.
- 80/ Der kommunistische Generalstreikversuch gescheitert, in: *Arbeiter-Zeitung*, 28.9.1950, S. 1; Bundesvorstandssitzung des Gewerkschaftsbundes, in: *Gewerkschaftlicher Nachrichtendienst*, Nr. 256, 23.10.1950, S. 1–4, hier S. 1.
- 81/ Klenner: Putschversuch, S. 46 und 80.
- 82/ Der Raubpakt gegen das Volk, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1950], S. 8.
- 83/ Vgl. Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Göttingen 2020 (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 14), S. 150–161, hier S. 155.
- 84/ Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien, München, Zürich 1973, S. 330.
- 85/ Gärtner: Zwischen Moskau und Österreich, S. 116f.
- 86/ Klenner: Putschversuch, S. 91.
- 87/ Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945–1950. Wien 1975 (In Sachen, Heft 1), S. 68.
- 88/ Weber, Fritz: Die österreichische Sozialdemokratie zu Beginn des Kalten Krieges, in: Haberl, Othmar Nikola/Niethammer, Lutz (Hg.): Der Marshall-Plan und die europäische Linke. Frankfurt/M. 1986, S. 169–193, hier S. 187.
- 89/ Schlögl, Karl: Der Oktoberstreik 1950. Die Entwicklung Österreichs und die Auswirkungen der Streikbewegung auf die österreichische Innenpolitik. Diplomarbeit Universität Wien 1991, S. 113.
- 90/ Konrad: Kein Putsch, S. 39.
- 91/ Hautmann: Der „Kommunisten-Putsch“, S. 2.
- 92/ Vranitzky, Franz: Gegen den Strom, in: Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte, S. 87–101, hier S. 87.
- 93/ Androsch, Hannes: Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945–2005. Innsbruck, Wien, Bozen 2005 (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, Bd. 2), S. 26f.
- 94/ Vgl. Brünner, Peter: Aus Vranitzkys und Schüssels Geschichtsbuch, in: *Der Standard*, 1.4.2005, S. 7.
- 95/ APA OTS, URL: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20050329\\_OTS0137/schuessel-zu-olah-sein-eingreifen-hat-oesterreich-gerettet](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050329_OTS0137/schuessel-zu-olah-sein-eingreifen-hat-oesterreich-gerettet), 29.3.2005 [1.1.2016].
- 96/ Mosser-Schuöcker, Birgit: Leopold Figl. Der Glaube an Österreich. Wien 2015, S. 155.
- 97/ Brettner, Friedrich: Der Wiederaufbau der Österreichischen Bundesgendarmerie 1945 bis 1950, in: Hörmann, Fritz/Hesztera, Gerald (Hg.): Zwischen Gefahr und Berufung. Gendarmerie in Österreich, hg. vom Museumsverein Werfen und vom Bundesministerium für Inneres, Gendarmeriezentralkommando, Wien. Wien 1999, S. 182–198, hier S. 187.
- 98/ Schnabl, Franz/Seyrl, Harald: 133 Jahre Wiener Polizei. Ein reich bebildeter Spaziergang durch die Geschichte der Sicherheitswache. Wien 2002, S. 163.
- 99/ Molden, Fritz: „Vielgeprüftes Österreich“. Meine politischen Erinnerungen. Wien 2007, S. 71.
- 100/ Der Beschluss des ÖGB ist abgedruckt in: Autengruber, Peter/Mugrauer, Manfred: Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme. Wien 2017, S. 150f.



- 101/ Foglar, Erich: Vorwort, in: ebd., S. 7.
- 102/ Mugrauer: Die Politik der KPÖ 1945–1955, S. 582–599 (angebliche Putschpläne 1947/48) und 643–704 (Oktoberstreik 1950).